

## Sieben gegen China

Impfdosen und Investitionen: Die G-7-Staaten wollen den Einfluss Pekings in der Welt bremsen – mit einer Offensive zum Ausbau der Infrastruktur in den ärmeren Ländern

Die Abschlusserklärung des G-7-Gipfels war noch gar nicht fertig, da gab es schon einen gewaltigen Seitenhieb. „Die Zeiten, in denen weltweite Entscheidungen von einer kleinen Gruppe von Ländern getroffen wurden, sind lange vorbei“, sagte ein Sprecher der chinesischen Botschaft in London am Sonntagvormittag. Alle Staaten, egal ob sie groß sind oder klein, stark oder schwach, arm oder reich, seien gleich. Deshalb sollten „weltpolitische Angelegenheiten durch Beratungen aller Länder geregelt werden“.

### Im Kampf gegen die Pandemie sollen 2,3 Milliarden Impfdosen an Entwicklungsländer gehen

Die Kritik der Volksrepublik an der Zusammenkunft der führenden westlichen Industrienationen kam nicht ohne Grund. Denn was die G7 in ihrem Kommuniqué auf 25 Seiten zu Papier gebracht hat, dürfte für Peking ein Alarmsignal sein. In weiten Teilen liest sich die Gipfelerklärung wie eine Kampfansage gegen China. So hat sich die Staatengruppe darauf verständigt, eine Infrastruktur-Initiative zu starten, um den wachsenden Einfluss der Volksrepublik in der Welt zu bremsen. Das Vorhaben ist eine Antwort auf das Multi-Milliarden-Projekt der „Neuen Seidenstraße“,

mit dem Peking seit 2013 neue Handelswege nach Europa, Afrika, Südamerika und Asien erschließt.

Der Vorschlag kam von US-Präsident Joe Biden und trägt den Titel „Build Back Better World“. Die G7 einigte sich darauf, eine Taskforce zu gründen, die Infrastrukturprojekte in ärmeren Ländern strategisch plant. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von einem „riesigen Bedarf“, vor allem in Afrika. Da könne man „nicht einfach sagen: Das wird China schon machen“. Merkel zeigte sich erfreut, dass man auf dem Gipfel in Cornwall „nicht einfach nur mal darüber gesprochen“ habe, sondern dass nun ganz konkrete Projekte ausgearbeitet würden. „Das ist für die G7 etwas Neues: sehr pragmatisch auch gemeinsam zu überlegen, wer kann wo was beisteuern und wie kann daraus ein Gesamtprojekt werden.“

Während die Bundeskanzlerin betonte, dass es noch keine Finanzzusagen gebe, sprachen Vertreter der US-Regierung von Hunderten Milliarden Dollar öffentlicher und privater Gelder für Investitionen in Entwicklungsländern. Merkel äußerte die Hoffnung, dass beim nächsten G-7-Gipfel bereits Projekte vorgestellt werden könnten. Dieser wird in Deutschland stattfinden, denn 2022 übernimmt die Bundesrepublik die G-7-Präsidentschaft von Großbritannien.

Eine der Initiativen soll der Aufbau ei-

ner Impfstoff-Produktion in Afrika sein. Denn gerade bei der Bewältigung der Corona-Pandemie will die G7 weltweit mehr tun. Bis zum Ende nächsten Jahres verspricht die Staatengruppe 2,3 Milliarden Impfdosen bereitzustellen. Um die gesam-

te Weltbevölkerung gegen das Virus zu immunisieren, wären laut Weltgesundheitsorganisation WHO allerdings elf Milliarden Dosen nötig. Mit Abstand am meisten Vakzine stellte bislang China bereit.

Deutschland finanziert über die internationale Impfinitiative Covax umgerechnet

350 Millionen Impfdosen. Aus eigenen Beständen will Berlin zunächst 30 Millionen Dosen spenden. „Wenn wir etwas überzählig haben, werden wir das weitergeben“, versprach Merkel in Cornwall. Die Nichtregierungsorganisationen Oxfam, World Vision und One kritisierten den Plan der G7 als vage und nicht ausreichend.

### Russland und China werden aufgefordert, Menschenrechte zu achten

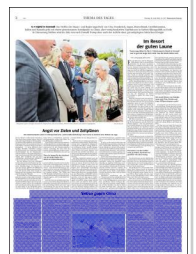
Angesichts der globalen Impfstoff-Knappheit hatten sie eine befristete Freigabe von Impfstoff-Patenten gefordert. Doch dazu kam es nicht. Die USA konnten sich mit diesem Ansinnen im Kreis der G7 nicht auf ganzer Linie durchsetzen. Die Staatengruppe will jedoch die freiwillige Lizenzierung und den Aufbau der Produktion in Entwicklungsländern unterstützen. Das entspricht der Linie der Bundesregierung, die etwa mit Südafrika bereits Gespräche über den Aufbau von Anlagen geführt hat.

Während Biden im Kreis der G7 einen harten Kurs gegenüber autoritären Staaten wie China und Russland forderte, waren die EU-Vertreter darauf bedacht, eine zu starke Konfrontation mit der Volksrepublik zu vermeiden. In der Abschlusserklärung spiegelt sich dies wider, indem auch

gemeinsame Interessen an einer Kooperation mit China bei globalen Herausforderungen wie dem Klimaschutz hervorgehoben werden.

Ansonsten wird die Kritik an Peking sehr deutlich formuliert. So wollen sich die G-7-Staaten etwa mit China „über ein kollektives Vorgehen absprechen, um marktwidrige Politik und Praktiken anzufechten, die den fairen und transparenten Ablauf der Weltwirtschaft untergraben“. Die G7 forderte China auch dazu auf, Menschenrechte und fundamentale Freiheiten zu achten.

In Sachen Russland positionierten sich die G-7-Staaten im Grunde wie erwartet. So heißt es in der Abschlusserklärung: „Wir bekräftigen nochmals unsere Auffor-



derung an Russland, sein destabilisierendes Verhalten und seine schädlichen Aktivitäten zu stoppen, einschließlich seiner Einmischung in die demokratischen Systeme anderer Länder, und seine internationalen Verpflichtungen und Zusagen im Bereich der Menschenrechte zu erfüllen.“

Das war ganz im Sinne Bidens. Der US-Präsident wird am kommenden Mittwoch seinen russischen Kollegen Wladimir Putin in Genf treffen. G-7-Gastgeber Boris Johnson sagte, er gehe davon aus, dass Biden dem russischen Präsidenten „einige ziemlich harte Botschaften“ übermitteln werde.

ALEXANDER MÜHLAUER



*Impfungen für die Welt: Nick Dearden, Direktor der Organisation Global Justice Now, demonstriert am Rande des G-7-Gipfels in Cornwall. FOTO: ISOBEL FRODSHAM / DPA*